

Pressemitteilung



Der Kinderschutzbund
Landesverband
Rheinland-Pfalz

Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Ansprechpartner:
Christian Zainhofer

Tel.: 49 173 3018953
christian.zainhofer@kinderschutzbund-rlp.de
www.kinderschutzbund-rlp.de

Mainz, 14.05.2020

Kinderrechte sind Familienrechte!

Zum Internationalen Tag der Familie weist der Kinderschutzbund erneut auf die drängende Notwendigkeit hin, die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen.

MAINZ. In der Corona-Pandemie wird deutlich, dass die Rechte von Kindern keine Priorität haben. Zum Internationalen Tag der Familie kritisiert der Kinderschutzbund, dass Kinderrechte in der Krise zur Privatsache erklärt wurden, dass beispielsweise Eltern das Recht auf Bildung umzusetzen haben. Mit dieser Kritik verbindet der Landesvorsitzende Christian Zainhofer die Forderung, den Kinderrechte-Artikel in der Landesverfassung neu zu formulieren.

„Die Debatte um Lockerungen der Corona-Maßnahmen drehte sich neben der Religions- und Versammlungsfreiheit sehr schnell vor allem um die Gewerbefreiheit. Auch in Rheinland-Pfalz dürfen Frisöre und Piercingstudios wieder arbeiten, bevor es Leitlinien für einen „eingeschränkten Regelbetrieb“ in den Kitas gibt. Immerhin gibt es jetzt endlich feste Termine für weitere Öffnungen in Schulen.

Unklar bleibt allerdings die Betreuung während der bevorstehenden Sommerferien. Wird entgangener Unterricht nachgeholt? Gibt es Hilfen für Eltern, die ihren Urlaub betriebsbedingt bereits nehmen mussten oder keine Chance haben zu verreisen? Oder verlängert sich der Lockdown für Kinder durch einen Totalausfall öffentlicher Angebote um sechs Ferienwochen?

Kinder haben ein Recht auf Bildung, sie haben ein Recht auf Spielen und ein Recht auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Diese Rechte spielen in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle. Während der Staat zu Recht mit Rettungsschirmen fast allen Einrichtungen von Wirtschaft und Gesellschaft zu Hilfe eilt, wird die Umsetzung vieler Kinderrechte wochenlang in die Familien delegiert. Viele Mütter und Väter geraten durch diese zusätzliche Last an ihre Belastungsgrenze und oft darüber hinaus.

„Stünden die Kinderrechte schon heute im Grundgesetz, die Pandemiepläne hätten eine andere Prioritätensetzung – zugunsten der Kinder und ihren Familien. Nie wurde deutlicher, dass Kinderrechte Rechte gegen den Staat sind, nicht gegen die eigenen Eltern“, erklärt Kinderschutzbund-Präsident Heinz Hilgers.

Es ist auch im Sinne der Familien, dass die Kinderrechte in der Landesverfassung deutlicher formuliert werden, ergänzt der Landesvorsitzende Christian Zainhofer. Damit könnte Rheinland-Pfalz ein deutliches Zeichen seiner Familienfreundlichkeit setzen und sich deutlich von der Großen Koalition in Berlin absetzen, die sich in Sachen Kinderrechte momentan ein Armutszeugnis ausstellt.

Der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB): Für die Zukunft aller Kinder!
Im DKSB (1953 in Hamburg gegründet) sind über 50.000 Einzelmitglieder in ca. 425 Ortsverbänden aktiv – und machen ihn zum größten Kinderschutzverband Deutschlands. In Rheinland-Pfalz setzen sich ca. 260 haupt- und ca. 1300 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Kinder und gegen Missstände ein, drängen Politiker und Verwaltung zum Handeln und packen selber an. Der DKSB will Kinder stark machen, ihre Fähigkeiten fördern, sie ernst nehmen und ihre Stimme hören. Da setzt sich der DKSB mit den Schwerpunktthemen Kinderrechte, Kinder in Armut und Gewalt gegen Kinder für die Kinder in unserem Land ein.

FÜR DIE ZUKUNFT ALLER KINDER – GEGEN ARMUT!

**LEBENSÄUERE FÜR KINDER · GESUNDHEIT FÜR KINDER · BILDUNG FÜR KINDER ·
KULTURELLE UND SOZIALE TEILHABE FÜR KINDER**

**WERDEN SIE MITGLIED IM DEUTSCHEN KINDERSCHUTZBUND!
SPENDEN SIE!**

Unsere Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE 29 5502 0500 0001 6473 00, BIC: BFSWDE33MNZ.